

Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005

Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages
Berlin, 27. August 2005

Inhalt

Präambel	5
I. Arbeit für alle. Soziale Grundrechte erneuern und garantieren	7
1. Arbeit in Würde – Wirtschaft für die Menschen statt Menschen für die Wirtschaft	7
1.1. <i>Statt Arbeitslosigkeit Arbeit finanzieren. Weg mit Hartz IV!</i>	8
1.2. <i>Für existenzsichernde Arbeitsplätze</i>	8
1.3. <i>Gesetzlichen Mindestlohn einführen</i>	9
1.4. <i>Zukunftsinvestitionsprogramm</i>	9
1.5. <i>Arbeit umverteilen</i>	10
1.6. <i>Kapitalmacht begrenzen</i>	10
2. Soziale Sicherheit: Solidarität und Selbstbestimmung statt Sozialraub und Entmündigung	11
2.1. <i>Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung</i>	11
2.2. <i>Existenzsichernde Rente mit Grundbetrag</i>	11
2.3. <i>Solidarische Bürgerversicherung</i>	12
2.4. <i>Wertschöpfungsabgabe</i>	12
2.5. <i>Öffentliche Daseinsvorsorge</i>	13
II. Hochwertige Bildung für alle!	14
1. Soziale und demokratische Bildungsreform	14
2. Bund und Länder in Verantwortung nehmen	15
3. Gegen Kinderarmut! Jedem Kind einen guten Start ins Leben!	16
4. Für eine Innovationsoffensive	16
III. Ein Neuanfang für Ostdeutschland, für strukturschwache Regionen in Ost und West	17
1. Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage	17
2. Zukunft durch Innovation und Bildung	18
3. Den Ostdeutschen mehr Stimme in Politik und Öffentlichkeit	19

IV. Umwelt bewahren, Zukunft gestalten	20
1. Klima schützen, Energie- und Verkehrswende einleiten	20
2. Biologische Vielfalt erhalten	21
3. Ökologisch wirtschaften	21
V. Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen	22
1. Mehr direkte Demokratie	22
2. Öffentliche Sicherheit gewährleisten, Grundrechte garantieren	23
3. Rechtsextremismus bekämpfen	24
4. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland – Gleichstellung verwirklichen	24
5. Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung	25
VI. Umverteilung von oben nach unten: Für ein solidarisches Steuersystem	27
VII. Frieden leben, Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten	29
1. Deutschland verweigert den Kriegsdienst	29
2. Arbeitsplätze durch Abrüstung und Umstellung auf zivile Produktion.	29
3. Für eine erneuerte Europäische Union	30
4. Globalisierung gerecht gestalten.	32

Weitere Wahlaussagen der Linkspartei.PDS finden Sie unter
www.sozialisten.de/wahlen2005/positionen

Für eine neue soziale Idee Die Linkspartei. PDS

Eine andere Politik ist nötig – für soziale und demokratische Alternativen

Fünf Millionen Arbeitslose, trotz Ausbildungspakt Zehntausende fehlende Lehrstellen, Millionen Menschen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen, eine nach wie vor bestehende Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland – das ist die Bilanz der Politik von SPD und Grünen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind absurd: Steigende Dividenden gehen einher mit Massenentlassungen und Steuergeschenken an die Vertreter des großen Kapitals. Die Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer geht einher mit zunehmender Verschuldung der öffentlichen Haushalte und Massenarbeitslosigkeit. Steigende Produktivität der Beschäftigten ermöglicht kürzere Arbeitszeiten und steigende Einkommen, doch tatsächlich erleben wir Arbeitszeitverlängerungen, Lohn- und Rentenkürzungen. Die Krankenversicherten werden mit Praxisgebühren und Zuzahlungen belastet. Die Arbeitgeberbeiträge werden einseitig gesenkt und damit die ohnehin steigenden Gewinne wirtschaftsstarker Unternehmen subventioniert.

Die Hauptverlierer sind die Arbeitslosen. Rot-Grün hat die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gekürzt, die Arbeitslosenhilfe abgeschafft, das Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau gesenkt. Nicht „Fordern und Fördern“, sondern „Fordern statt Fördern“ ist die Devise: mit verschärften Kontrollvorschriften und Zumutbarkeitsregelungen, die weder Rücksicht auf Qualifikation noch auf tarifliche Entlohnung nehmen. Hartz IV steht für Armut und Demütigung per Gesetz. Die Agenda 2010 steht für Wahlbetrug und Entsolidarisierung. Mit ihr hat sich die SPD von sozialdemokratischen Grundsätzen verabschiedet. Die Regierungsparteien wollen diese ungerechte und gescheiterte Politik der Agenda 2010 fortsetzen. Darüber können einige plakative, sozial klingende Aussagen in den Wahlprogrammen nicht hinwegtäuschen.

SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP bieten nicht die Möglichkeit, zwischen verschiedenen politischen Richtungen zu wählen. Sie vertreten lediglich unterschiedliche Varianten einer Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben. Wie sehen die angeblichen Alternativen der bürgerlichen Opposition aus? Es waren stets Schröder und Merkel, es war das große Kartell der sozialen Kälte aus SPD und CDU/CSU, Grünen und FDP, das im Bundesrat gemeinsam durchbrachte, was den Menschen als „Reformen“ zugemutet worden ist. CDU/CSU und FDP wollen den Kündigungsschutz einschränken, Arbeitszeiten verlängern, Löhne senken, die Mehrwertsteuer erhöhen, Mitbestimmung begrenzen, die Bedeutung von Tariflöhnen verringern und eine – jetzt als Gesundheitsprämie bezeichnete – „Kopfpauschale“ statt solidarischer

Krankenversicherung einführen. Das führt zu weiterem Abbau sozialer und demokratischer Rechte der Menschen und zu mehr Arbeitslosigkeit. Die Gesellschaft wird noch mehr gespalten. Das Gegenteil ist sozial und wirtschaftlich geboten: Die Einkommen der Menschen müssen steigen, die Arbeitszeiten kürzer werden. Öffentliche Daseinsvorsorge und Dienstleistungen sind zu verbessern. Der Staat muss eine aktive Wirtschafts-, Sozial- und Ökologepolitik betreiben. Mit gerechten Steuern lässt sich das auch finanzieren.

Es gibt eine soziale, demokratische und emanzipatorische Alternative zur Politik der faktischen großen Koalition der vergangenen sieben Jahre. Die Linkspartei. PDS setzt sich gemeinsam mit anderen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für soziale Grundrechte und individuelle Freiheitsrechte, für Geschlechtergerechtigkeit und die Überwindung von Diskriminierungen ein. Für Demokratie und Mitbestimmung, für den sozial gleichen Zugang zu Bildung und Wissen. Für Frieden und friedliche Konfliktbewältigung, für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung.

Dem demokratischen Sozialismus verpflichtet, streiten wir für eine bessere Gesellschaft. Eine, in der Schwache nicht länger schwach, Einzelne nicht länger allein, Arbeitsuchende nicht länger arbeitslos, Fremde nicht länger fremd und Abhängige nicht länger wehrlos bleiben.

Deshalb:

Ihre Stimme für wirkliche Alternativen!

Ihre Stimme für Die Linkspartei. PDS!

I. Arbeit für alle. Soziale Grundrechte erneuern und garantieren

1. Arbeit in Würde – Wirtschaft für die Menschen statt Menschen für die Wirtschaft

Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss als Grundrecht garantieren, dass ihre Bürgerinnen und Bürger die Existenz aus eigener Kraft sichern können. Für über fünf Millionen Arbeitslose gilt dies in Deutschland heute nicht, denn ein Grundprinzip der gegenwärtigen Gesellschaft lautet, dass Menschen sich „rechnen“ müssen. Wer sich nicht rechnet, wird entlassen. Wir setzen dagegen, dass jeder Mensch ein Recht hat, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit ihrer Agenda 2010, vor allem mit dem Hartz IV-Gesetz, mit diesem Grundsatz gebrochen. Wir halten jedoch daran fest und stehen für Solidarität. Es gibt Alternativen, der Ausbruch aus sozialer Demütigung und Ausgrenzung ist möglich.

Arbeitsplätze können nur gesichert, Arbeitslosigkeit kann nur dann zurückgedrängt werden, wenn in der Wirtschaftspolitik der Grundsatz beachtet wird: Ohne Nachfrage kein Wachstum und keine neuen Arbeitsplätze. Deshalb muss die Kaufkraft der Bevölkerung auf dem Binnenmarkt gestärkt werden. Deshalb brauchen wir die Abkehr von Niedriglohnstrategien! Stattdessen brauchen wir die Wiederherstellung der längeren Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und eine Erhöhung der Einkommen mindestens in dem Maße, wie die gesamtwirtschaftliche Produktivität und die Preise steigen. Keine weitere Senkung von Sozialeinkommen! Die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften und die Bindungswirkung der Tarifverträge sollen gestärkt und die Lockerung des Kündigungsschutzes zurückgewiesen werden. Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss erleichtert werden.

Die Nachfrage muss durch öffentliche Investitionen erhöht werden. Statt Dienstleistungen zu privatisieren und einzuschränken, wollen wir, dass öffentliche und soziale Leistungen ausgebaut werden – in Schulen und Hochschulen, Pflege-, Betreuungs- und Kultureinrichtungen, öffentlichem Nahverkehr und im Umweltschutz. Würde Deutschland einen solchen Anteil seines Sozialprodukts wie die USA für öffentliche Investitionen aufwenden, wären das 30 Milliarden Euro mehr im Jahr als gegenwärtig. Zugleich sind sozial und ökologisch sinnvolles Wachstum, mehr Arbeitsplätze und mehr Ausgaben für das Gemeinwohl möglich. Kurz: Millionen neuer Arbeitsplätze erfordern neben einer gerechten Umverteilung der vorhandenen Arbeit erhebliche Investitionen – mehr ökologisch sinnvolle Investitionen der öffentlichen Hand und mehr private Investitionen, die nur dann zu erwarten sind, wenn höhere Einkommen der Verbraucher zu höherer Binnennachfrage führen.

Steigender Export allein wird nicht einmal zur Minderung der Arbeitslosigkeit führen. Allerdings werden Massenkaukraft und öffentliche Investitionen kaum schlagartig steigen. Jeder Weg beginnt mit ersten Schritten:

1.1. Statt Arbeitslosigkeit Arbeit finanzieren. Weg mit Hartz IV!

Hartz IV kommt alle teuer zu stehen. Mit Milliarden Euro wird der dauerhafte Ausschluss von Millionen Menschen aus der Erwerbsarbeit finanziert – mit gelegentlichen Gastrollen am Rande der Arbeitswelt in Gestalt von „Arbeitsgelegenheiten“ für einen Euro die Stunde. Unser Alternativvorschlag ist einfach und machbar. Als Alternative zur Arbeitslosigkeit und zu Ein-Euro-Jobs schlagen wir die Schaffung regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in öffentlich geförderten und gemeinnützigen Beschäftigungssektoren vor. Finanziert würde ein existenzsichernder Lohn für bisher Langzeitarbeitslose durch die Bündelung der gegenwärtig für das Arbeitslosengeld II, die Kosten der Unterkunft und die so genannte Mehraufwandsentschädigung für Ein-Euro-Jobs aufgebracht Mittel. Kombiniert mit bereits vorhandenen Förderfonds von Ländern, Bund und Europäischer Union – zum Beispiel aus den europäischen Sozialfonds – ohne Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, ohne Zwänge und ohne Demütigungen. Für die Ausstattung der Arbeitsplätze könnte ferner ein Teil des durch ein gerechteres Steuersystem – etwa durch Wiederbelebung der Vermögenssteuer – erzielbaren Steueraufkommens eingesetzt werden. Solche Arbeitsplätze sollen zusätzlich dort entstehen, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. Das ist möglich außerhalb des Wettbewerbs mit Privatunternehmen durch einen Einstieg in öffentlich geförderte, gemeinnützige Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat, für die spezifische Bedingungen tariflich auszuhandeln sind. Eine gegenüber bestehenden Tarifen für vergleichbare Tätigkeiten einstweilen geringere Bezahlung soll durch kürzere Arbeitszeiten, durch familien- und qualifizierungsfreundliche Arbeitsbedingungen, Chancen für Ältere und Geschlechtergerechtigkeit kompensiert werden.

Arbeitsplätze in gemeinnützigen Beschäftigungssektoren sollen in regionaler Verantwortung unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in transparenten Verfahren eingerichtet werden. Ein Abbau regulärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine für kleine und mittlere Unternehmen schädliche Konkurrenz. muss vermieden werden. Das Recht von Jugendlichen unter 25 Jahren auf Arbeitsförderung und Job-Angebote an Bezieher von Sozialhilfe sollen durchgesetzt werden. Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung, den Zwang zur Annahme jeglicher Jobs lehnen wir ab.

1.2. Für existenzsichernde Arbeitsplätze

Zu den Verlierern des globalen Verdrängungswettbewerbs gehören die gering Qualifizierten in unserem Land. Ihre Arbeitsplätze werden am stärksten wegrationalisiert, und eine neue Beschäftigung scheitert häufig an fehlender Nachfrage angesichts geringer Kaufkraft. Um den gering qualifizierten Arbeitslosen eine Perspektive zu

eröffnen und ihr Abdrängen in die Schwarzarbeit zu verhindern, fordern wir ein Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm für Menschen, die im Produktions- und Dienstleistungsbereich bzw. gemeinnützig tätig sind. Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für diese Menschen soll durch zeitlich begrenzte Lohnsubventionen für Problemgruppen des Arbeitsmarktes ermöglicht werden. Diese Subventionen reichen von der Übernahme der Sozialbeiträge bis zur zusätzlichen Erstattung des Qualifizierungsaufwandes. Lohnsubventionen dürfen keinen Anreiz zur Ausweitung des Niedriglohnsektors schaffen, sondern müssen die Integration der besonders Benachteiligten in reguläre Beschäftigung erleichtern. Lohnkürzungen und eine Ausweitung des Niedriglohnsektors, wie von anderen Parteien gefordert, sind kein gangbarer Weg zu mehr Beschäftigung. Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Wir wollen, dass sie gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Bauliche und kommunikative Barrieren müssen beseitigt werden. Bedarfsgerechte persönliche Assistenz muss für sie besser erreichbar sein.

1.3. Gesetzlichen Mindestlohn einführen

In Deutschland wird die Einführung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns als unerträgliche Bedrohung für die Wirtschaft denunziert. In den meisten anderen entwickelten Ländern gibt es ihn. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto für ein Vollzeitverhältnis im Monat. Das bringt nicht „das Paradies auf Erden“, aber es wird damit ein Weg aus sozialer Ausgrenzung eröffnet und eine Sicherung gegen sozialen Abstieg errichtet. Dies gebietet die Achtung der Menschenwürde und ist ein wirtschaftspolitisch vernünftiger Beitrag zur Steigerung der Binnennachfrage und der Absatzchancen kleiner und mittlerer Unternehmen. In Wirtschaftsbereichen, in denen die niedrigsten tariflichen Lohngruppen oberhalb dieses Mindestlohns liegen, sollen die Tarifverträge leichter für allgemein verbindlich erklärt werden können. Ein Entsendegesetz muss allen Branchen vorschreiben, dass für Lohnzahlung und Arbeitsbedingungen die Standards des Arbeitsortes gelten.

1.4. Zukunftsinvestitionsprogramm

Unser Land braucht weiter reichende Lösungen des Beschäftigungsproblems, es braucht Zukunft durch Innovation und hochwertige Produktion. Die wichtigsten Bedingungen dafür sind gut ausgebildete Menschen, eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur und moderne Dienstleistungen. Für die Zukunft vorsorgen bedeutet deshalb: mehr investieren in hochwertige Bildung und Erziehungseinrichtungen, in Wissenschaft und Forschung für zukunftsfähige Technologien und Produkte, die Arbeitsplätze schaffen. Wir brauchen Investitionen, die die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten und einen sozial-ökologischen Umbau voranbringen. Deswegen ist ein umfangreiches, längerfristig angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm notwendig. So können wir durch politische Gestaltung Defizite des Marktes ausgleichen und den Strukturwandel zur Informations- und Wissensgesellschaft fördern.

1.5. Arbeit umverteilen

Der Trend, die Arbeitszeiten wieder zu verlängern – meist ohne Lohnausgleich –, muss gestoppt und umgekehrt werden. Er bedeutet Lohnsenkung und führt zu mehr Arbeitslosigkeit. Ein erster wichtiger Schritt ist eine wirksame Begrenzung der Überstunden. Das Arbeitszeitgesetz muss reformiert und die durchschnittliche regelmäßige Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden gesenkt werden. Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Versuch, Arbeitszeitverkürzungen zu vereinbaren. Die fortschreitende Steigerung der Produktivität ermöglicht auch in Zukunft Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnverzicht. Solange dies nicht durchsetzbar ist, muss zumindest für Beschäftigte in den unteren Einkommensgruppen ein voller Lohnausgleich gewährleistet werden. Arbeitszeitverkürzungen sind auch notwendig, um jungen Menschen, die gerade eine Ausbildung durchlaufen haben, berufliche Perspektiven zu eröffnen. Dringlich ist eine familienfreundliche Arbeitszeitpolitik, die mehr Zeit für Erholung und eigene Interessen, für Kinder, Partnerinnen, Partner und Freundschaften lässt. Teilzeitbeschäftigung ist durch vollwertige soziale Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter zu fördern. Wer aus Vollbeschäftigung in Teilzeitarbeit wechseln musste, soll das Recht haben, in Vollzeitarbeit zurückzukehren. Wir wollen die Tarifautonomie durch eine leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tarifverträge stärken und ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften einführen. Die Mitbestimmung auf Unternehmensebene und im Betriebsverfassungsgesetz muss ausgebaut und der Antistreikparagraph im SGB III gestrichen werden.

1.6. Kapitalmacht begrenzen

Wirtschaft ist kein Selbstzweck; sie ist nicht nur eigenständiger, sondern zugleich auch sozial verantwortlicher Teil einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Dem muss Rechnung getragen werden: Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen werden ausgebaut. Aktienoptionen für Manager werden verboten. Die Regulierung und Kontrolle auf den Finanzmärkten wird verstärkt. Die wachsenden Ansprüche der Eigentümer und Großaktionäre auf leistungslose Einkommen sind nur durch eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft zurückzudrängen. Die Steuerbefreiung bei Beteiligungsverkäufen wird zurückgenommen. Die internationalen Währungsverhältnisse und Kapitalströme müssen stabilisiert und kontrolliert werden. Wir fordern die Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen und einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht. Dem Privatisierungsdruck der Europäischen Kommission muss wirksam entgegengetreten werden.

2. Soziale Sicherheit: Solidarität und Selbstbestimmung statt Sozialraub und Entmündigung

2.1. Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung

Wer wegen Arbeitslosigkeit, zu geringem Einkommen, Ausbildung sowie aus anderen sozialen, gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen arm oder von Armut bedroht ist, soll mittelfristig Anspruch auf eine individuelle bedarfsorientierte soziale Grundsicherung haben. Für eine solche Grundsicherung müssen die Regelleistungen in den steuerfinanzierten Sicherungssystemen auf ein Niveau angehoben werden, das sich am Bedarf der Betroffenen orientiert. Bedarfsorientiert heißt mindestens Armut vermeiden. Jede und jeder, auch jede Familie mit Kindern darf nach Einführung der Grundsicherung nicht weniger im Monat zur Verfügung haben als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens vergleichbarer Familien im Land. Für Alleinstehende sind dies heute mindestens 750 Euro netto im Monat, für eine Familie mit zwei kleinen Kindern mindestens 1.900 Euro netto. Eine solche soziale Grundsicherung ist ein Individualrecht, Verwandte sollen nicht als „Bedarfsgemeinschaften“ für das Lebensnotwendige in Haftung genommen und eigene Anstrengungen zur Alterssicherung nicht belastet werden. Die Ablehnung unzumutbarer Arbeitsbedingungen darf nicht zum Verlust des Anspruchs führen; Zwang zur Arbeit lehnen wir ab. Als erste Schritte zu einer tatsächlichen Grundsicherung fordern wir:

- Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf mindestens 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Kosten der Unterkunft),
- höhere Freibeträge für Ersparnisse, vor allem zur Alterssicherung,
- eine deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten.

2.2. Existenzsichernde Rente mit Grundbetrag

Jedem Menschen steht auch im Alter ein würdevolles Leben zu. Deshalb lehnen wir das Kürzen von Renten und das Heraufsetzen der Altersgrenze für den Rentenbezug ab. Wir streben als untere Versicherungsgrenze eine Rente mit Grundbetrag von gegenwärtig monatlich 800 Euro an. Noch bestehende Benachteiligungen ostdeutscher Rentner müssen aufgehoben werden. Um Frauenaltersarmut nachhaltig abzubauen, sind die Erziehung der Kinder und die Pflege von Angehörigen stärker anzurechnen. Das ist mit Steuermitteln zu sichern. Die Rentenentwicklung soll im Gleichschritt mit dem Nettolohnzuwachs erfolgen.

Das derzeitige Rentensystem ist gefährdet, weil Massenarbeitslosigkeit, eine wachsende Zahl von Nichtversicherten und Niedriglohnbeschäftigung seine Finanzierung untergraben und die Leistungsstärkeren nur begrenzt zur Kasse gebeten werden. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Das stellt den bewährten Generationenvertrag vor zusätzliche Herausforderungen. Die Linkspartei.PDS schlägt daher vor, die gesetzliche Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung umzuwandeln, in die in einem längeren Prozess Angehörige aller Berufsgruppen, Freiberufler, Selbstständige, Abgeordnete und auch Beamtinnen und Beamte, einbezogen

werden – ohne, dass individuell bereits erworbene Ansprüche verfallen. Dabei müssen sämtliche Erwerbseinkommen berücksichtigt werden. Die Beitragsbemessungsgrenze soll an- und später aufgehoben werden. Menschen mit höheren Einkommen sollen also in größerem Umfang für die solidarische Finanzierung der Renten herangezogen werden, ohne dass ihre Ansprüche in gleichem Maße steigen.

2.3. Solidarische Bürgerversicherung

Seit langem laufen die „Reformen“ des Gesundheitswesens darauf hinaus, Patientinnen und Patienten stärker zu belasten und den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung einzuschränken. CDU und CSU planen mit der Einführung der „Kopfpauschale“, jetzt Gesundheitsprämie genannt, eine noch weiter gehende Entsolidarisierung im Gesundheitswesen. Dem steht die Idee einer Bürgerversicherung von allen für alle gegenüber. Die Linkspartei.PDS will eine solidarische Bürgerversicherung, die letztlich alle Berufsgruppen und Einkommensarten in die gesetzliche Krankenversicherung und in die Pflegeversicherung einbezieht. Gerade die Einkommensstärkeren sollen sich an der Finanzierung eines solidarischen Gesundheitssystems beteiligen und nicht in die privaten Kassen ausweichen können. Die Beitragsbemessungsgrenze soll in einem ersten Schritt auf 5.100 Euro angehoben und später ganz aufgehoben werden. Wir halten am Grundsatz der paritätischen Finanzierung fest und fordern entsprechende Korrekturen.

Außerdem brauchen wir dringend Strukturreformen im Gesundheitswesen, um Effizienz und Qualität zu steigern. Die Linkspartei.PDS hat dazu konkrete Vorschläge ausgearbeitet. Die sozialen Bedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen sind so zu gestalten, dass diese ihre Verantwortung für die Patientinnen und Patienten uneingeschränkt wahrnehmen können. Dem Ärztemangel auf dem Land, insbesondere in Ostdeutschland, muss mit Modellen wie Ärztehäusern und Gemeindefschwesterstationen gegengesteuert werden, die finanzielle Anreize zur Ansiedlung in dünn besiedelten Gebieten einschließen.

2.4. Wertschöpfungsabgabe

Unternehmen zahlen heute Beiträge nach der Zahl ihrer Beschäftigten und der Höhe ihrer Bruttolöhne in die sozialen Sicherungssysteme ein. Aufgrund der ökonomischen Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten ist die Zahl der Beschäftigten eines Unternehmens nicht mehr das entscheidende Moment seiner wirtschaftlichen Stärke. Die heutige Struktur der Lohnnebenkosten verteuert Arbeitsplätze. Wir wollen, dass Unternehmen nach ihrer realen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, also nach ihrer Wertschöpfung und nicht nach der Zahl der Beschäftigten und der Höhe des Bruttolohnes in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen. Wir treten deshalb für einen Prozess ein, in dem die heutigen Lohnnebenkosten durch eine Wertschöpfungsabgabe ersetzt werden.

2.5. Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personenverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung und das Bildungswesen sind Leistungen, die im Interesse des Gemeinwohls sicherzustellen sind. Leistungen der Daseinsvorsorge und öffentliche Dienste von allgemeinem Interesse dürfen nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden. Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden.

Wir kämpfen gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, gegen die EU-Liberalisierungspolitik und unterstützen ein demokratisches EU-Rahmengesetz zu Diensten von allgemeinem Interesse.

Bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen sind Grundvoraussetzung sozialer Sicherheit und Menschenwürde. Wir wollen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und kommunalen Versorgungsunternehmen verhindern und bezahlbare Wohnungen für Familien und ältere Menschen – vor allem in den Städten – erhalten und fördern. Wir wollen die Stadtumbauprogramme konsequent fortführen und mit regionaler Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung verbinden, um das soziale, wirtschaftliche und urbane Leben in den Kommunen zu stabilisieren.

II. Hochwertige Bildung für alle!

Bildung ist für die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes wie des Einzelnen eine Schlüsselfrage. Die Lebens- und Leistungschancen einer und eines jeden hängen heute mehr denn je vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ab. Es geht um sozial gleiche Möglichkeiten, sich zu bilden und an den Gütern der Kultur teilzuhaben. Bildung und Innovation sind zur entscheidenden Ressource geworden. Die bundesdeutsche Gesellschaft ist dieser Herausforderung bisher nicht gewachsen. Privatisierung ist auch hier der falsche Weg. Das Ausmaß der Probleme erfordert eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung auf verschiedenen Ebenen.

1. Soziale und demokratische Bildungsreform

Nationale Untersuchungen und internationale Vergleiche belegen: Bildungsmöglichkeiten und Bildungserfolge sind hierzulande mehr als anderswo von der sozialen Herkunft abhängig. Bereits bestehende soziale Ungleichheiten werden durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung reproduziert und verstärkt. Gute Bildung bleibt nur einem Teil der Kinder und Jugendlichen vorbehalten. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen. Die Linkspartei. PDS fordert energische Schritte zu einer umfassenden demokratischen Bildungsreform nach folgenden Grundsätzen:

- Alle fördern, keinen zurücklassen;
individuelle Förderung statt frühzeitige Auslese!
- Eine Schule für alle – Schluss mit dem ineffizienten, sozial ausgrenzenden gegliederten Schulsystem!
- Langes gemeinsames Lernen in einer integrativen Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 10, zunächst mindestens bis Klasse 8. Ein ausgewogenes Netz von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen. Die Schule muss zu einem Ort des Lernens und Lebens von Kindern und Jugendlichen werden.
- Sozial gleichen Zugang zur gymnasialen Stufe absichern.
- Konzentration der Anstrengungen auf die Bildung in der frühen Kindheit und in den Grundschuljahren. Zugang für alle zu Kita und Vorschule.
- Jedem Schulabgänger, jeder Schulabgängerin einen Ausbildungsplatz! Betriebe, die nicht ausbilden, obwohl sie es könnten, sollen zahlen.
- Gebührenfreiheit in Schule und Lehre, keine Studiengebühren!

Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen brauchen dauerhaft sichere Finanzierung. Ein sozial gleicher Zugang zum Hochschulstudium ist – unabhängig von der sozialen Herkunft – zu gewährleisten. Wir fordern ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtungen, Demokratisierung durch

verbesserte Mitbestimmung und ein großes Maß an Autonomie der Hochschulen. Dringlich ist ein Personalstrukturwandel gegen die hierarchische und männerdominierte Verfasstheit der Wissenschaftseinrichtungen.

2. Bund und Länder in Verantwortung nehmen

Eine Bildung für alle kann nur in Verantwortung des Staates und bei ausreichender Förderung durch die öffentliche Hand gewährleistet werden. Deshalb wenden wir uns gegen Privatisierungen im Bildungswesen. Wenn das gewährleistet ist, sind auch private Initiativen und gemeinnütziges Engagement von Bildungsträgern sinnvoll. Ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem sicherzustellen, ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Wir brauchen mehr und nicht weniger Zusammenarbeit in der Bildungspolitik. Es geht um die Überwindung der Kleinstaaterei im Bildungswesen: Ein Bildungsabschluss darf in einem Bundesland nicht weniger wert sein als in einem anderen. Wir befürworten einheitliche Qualitätsstandards und Prüfungsanforderungen in ganz Deutschland.

Der Bund muss für Bildung mehr Geld einsetzen. Die Bundesländer, jedes auf sich gestellt, werden die notwendigen Finanzen nicht allein erbringen können. Die öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen sollen nach unseren Vorstellungen zunächst auf fünf Prozent sowie langfristig auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Wir orientieren auf eine langfristige strukturelle Umverteilung der Mittel zugunsten der Vorschul- und Grundschulangebote. Eine Bildungsreform darf vor Weiter- und Fortbildung, lebenslangem und berufsbegleitendem Lernen nicht Halt machen. Wir fordern den Rechtsanspruch auf lebensbegleitendes Lernen, flankierende Maßnahmen durch Gesetzgebung, Tarifvereinbarungen und Weiterbildungsfonds. Den Unternehmen kommt – auch finanziell – eine größere Verantwortung zu.

Bildung und Kultur sind wesentliche Voraussetzungen für Schöpferkraft und Erneuerungskraft einer modernen, leistungsfähigen Gesellschaft. Das System öffentlicher Förderung von Kultur gehört zu den Kernelementen des Sozialstaates. Für seine Bewahrung und Weiterentwicklung setzt sich die Linkspartei.PDS ein. Pflege und Förderung der Kultur müssen als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen gesichert und weiter ausgestaltet werden. Wir treten für eine zeitgemäße Fortentwicklung des kooperativen Kulturföderalismus in nationalem und europäischem Rahmen ein. Wir engagieren uns dafür, dass Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wird. Nur so kann die Forderung nach einem kooperativen Kulturföderalismus eine solide Grundlage bekommen und eine Basis dafür entstehen, Kultur als Pflichtaufgabe in den Kommunen gesetzlich zu verankern. Weitere Reduzierung der Mittel und Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich bedrohen die Kulturlandschaft. Wir treten für eine breite Förderung und Entwicklung kultureller Angebote ein. Wir fordern Rahmenbedingungen, die allen Menschen kulturelle Selbstbetätigung und Teilhabe an Kultur ermöglichen. Wir engagieren uns für ein

modernes Künstlergemeinschaftsrecht und dafür, die Ausstellungsvergütung für bildende Künstlerinnen und Künstler endlich rechtlich zu sichern. Wir wollen, dass die Künstlersozialversicherung erhalten und der Bundesszuschuss wieder auf 25 Prozent angehoben wird.

3. Gegen Kinderarmut! Jedem Kind einen guten Start ins Leben!

Etwa zwei Millionen Kinder leben in der reichen Bundesrepublik in Armut: Für sie ist schlechte Bildung vorprogrammiert. Ausschluss aus der Gemeinschaft anderer Kinder, oft kein Schulabschluss und kein Ausbildungsplatz – das verbaut Lebenschancen von Anfang an.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ist überfällig. Für Väter und Mütter müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, Kindererziehung und Beruf vereinbaren zu können. Die Linkspartei.PDS wird unverzüglich die Initiative für eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden ergreifen, um in den nächsten Jahren Folgendes zu erreichen:

- gebührenfreie Kitaplätze für alle Kinder; uneingeschränkter Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an,
- keine Anrechnung des Kindergeldes bei Beziehen von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, das Kindergeld soll von 154 auf 250 Euro erhöht werden,
- Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jedes Alters,
- gute Startchancen für alle Kinder durch Bildungsaufgaben im Kindergarten, durch den Einsatz ausgebildeter Fachkräfte und durch intensive Sprachförderung in der Schule,
- soziale Integration von Kindern aus eingewanderten Familien.

4. Für eine Innovationsoffensive

Deutschland braucht eine neue Innovationskultur, in der soziale und ökologische, wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Innovation gleichrangig berücksichtigt werden. Notwendig ist eine Neuausrichtung der politisch-ökologischen Rahmenbedingungen für die Gestaltung einer Forschungs- und Innovationspolitik, die sowohl zur schnellen Durchsetzung nachhaltiger und ökologischer Technologien im Zusammenhang mit dem Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe als auch zur beschleunigten Entwicklung und Einführung von Hochtechnologien für den überregionalen Absatz von Produkten mit hoher Wertschöpfung führen.

III. Ein Neuansatz für Ostdeutschland, für strukturschwache Regionen in Ost und West

Wenn einer Region die Menschen weglaufen, verliert sie ihre Zukunft. Seit 1996 wächst der Abstand in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen West und Ost wieder. Trotz riesiger West-Ost-Transfers ist die Arbeitslosigkeit im Osten nach wie vor doppelt so hoch wie im Westen. Auch wenn sich vieles in der ostdeutschen Teilgesellschaft verbessert hat: Insbesondere junge, gut ausgebildete Menschen, darunter viele Frauen, verlassen den Osten. Da auch 15 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit große Teile der ostdeutschen Bevölkerung zweitklassig behandelt werden, da so viele von ihnen in ihrer Heimat keine Perspektive finden, muss ein Neuansatz gewagt werden.

Wir wollen die vorhandenen, oft fragilen oder blockierten Entwicklungspotenziale strukturschwacher Regionen in Ost und West, die gemeinsamen Auffassungen und Erfahrungen der dort lebenden Menschen ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken. Wir wollen, dass die Erfahrungen, das Wissen und die Kultur der Menschen in Ostdeutschland als völlig gleichwertig angesehen und behandelt werden. Dann würde unsere Forderung nach gleichen sozialen Standards und gleichen Löhnen für gleiche Arbeit zwischen Ost und West auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland akzeptiert werden. Wir wollen, dass die ost- und die westdeutsche Geschichte gleichermaßen als deutsche Geschichte behandelt wird.

1. Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage

Eine neue Politik im Bund, die auf Arbeit und soziale Gerechtigkeit, auf Investitionen und Innovationen, auf die Stärkung der Binnennachfrage und politische Gestaltungskraft gegenüber dem Wildwuchs des Marktes setzt, ist die erste Voraussetzung dafür, den Entwicklungstrend in Ostdeutschland und den anderen strukturschwachen Regionen umzukehren.

Der Bund muss zudem den ostdeutschen Ländern Planungssicherheit geben – sowohl was die Mittel aus EU und Solidarpakt als auch was seine eigenen Finanzbeziehungen zu ihnen betrifft. Strukturschwache Länder wie die ostdeutschen brauchen weiterhin ein Förderinstrument wie die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, allerdings in modernisierter Form. Länder mit besonderen Struktur- und Haushaltsproblemen sollten nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch ein Viertel der Fördermittel kofinanzieren müssen. Die Mittel sollten gezielter zur Förderung von

wissensbasierter Produktion eingesetzt werden können, also für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und für Personalentwicklung. Eine vernünftige Förderpolitik muss berücksichtigen, welche Probleme die eigenkapitalschwachen ostdeutschen Unternehmen heute haben. Bei ihnen steht nach der Privatisierung bzw. Gründung notwendig die zweite Investitionswelle an. Existenzgründer sollten von überzogenen bürokratischen Auflagen befreit werden und gezielt Angebote aus erster Hand erhalten – auch über den Abschluss der Förderung hinaus. Positive Erfahrungen der rot-roten Landesregierung in Schwerin mit einem Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm bestärken uns darin, statt hierarchischer Zuweisung von Fördermitteln die Regionen selbst entscheiden zu lassen und ihnen dafür eigene Budgets zu geben.

Für die schwach entwickelten Regionen Deutschlands schlagen wir eine besondere leitbildbezogene Regionalplanung vor. Sie soll abrechenbare Ziele enthalten, zu deren Verwirklichung verbindliche Vereinbarungen mit der jeweiligen Landesebene geschlossen werden. Verkehrsanbindung, Erreichbarkeit von Schulstandorten, ärztliche Versorgung und andere Fragen der sozialen und kulturellen Infrastruktur bedürfen dabei der besonderen Aufmerksamkeit der Landesregierungen. Für junge Frauen und Familien müssen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden. Die flächendeckende Kinderbetreuung ist bereits heute ein wichtiger Standortvorteil des Ostens, der im Zuge europäischer Integration zu einem Standortvorteil für ganz Deutschland ausgebaut werden muss.

2. Zukunft durch Innovation und Bildung

Wir plädieren für eine neue Art von Industrie- und Strukturpolitik im Osten und in strukturschwachen Regionen generell für eine Industriepolitik,

- die vor allem Zukunftsbranchen und -unternehmen profiliert und zu Kristallisationskernen (Cluster) regionaler und übergreifender Struktur- und Wirtschaftsentwicklung macht,
- die dafür Sorge trägt, dass Ostdeutschland von der EU-Erweiterung nicht überrollt und abgehängt, sondern auf vielfältige Weise zur Drehscheibe, zum Dienstleister und zum Nutznießer der neuen europäischen West-Ost-Kooperation wird,
- die die Fördermöglichkeiten für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Unternehmen verbessert und diesen den Zugang zu Fördermitteln erleichtert.

Der Solidarpakt II soll insgesamt stärker auf die Förderung industrienaher Infrastruktur und der Kooperation zwischen innovativen Unternehmen und Forschungseinrichtungen ausgerichtet werden, um Wachstumskerne zu stärken.

Notwendig ist der Wissenschaftsausbau als Standortpolitik mit verstärkter Bundesförderung. Bundesprogramme zur Förderung von ostdeutschen Kompetenzzentren müssen entsprechend neu zugeschnitten werden. Es geht um neue Modelle zur Hochschulfinanzierung und -verwaltung, zur Einführung einer neuen Personalstruktur und zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern. In Wissenschaft und Forschung setzen wir uns ausdrücklich für die Förderung von Frauen ein. Die Potenziale hoch qualifizierter Frauen sollten besser genutzt werden. Es ist notwendig, den Technologietransfer zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu verbessern, das Innovationspotenzial der Hochschulen, der Technologie- und Gründerzentren noch besser zu nutzen, Existenzgründer bei der Finanzierung ihrer Ideen zu unterstützen und die Kontinuität der Technologieförderung zu gewährleisten. Netzwerke sollen dabei nicht nur die Unternehmen, sondern diese auch mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbinden.

3. Den Ostdeutschen mehr Stimme in Politik und Öffentlichkeit

Wenn wir wieder in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag einziehen, gewinnt Ostdeutschland eine unverzichtbare Stimme zurück. Die Ostdeutschen müssen wesentlich stärker an der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung beteiligt werden. Ihre Kompetenzen und Leistungen sind zu lange missachtet worden, ihr Mitbestimmungspotenzial lag brach, ihre Erfahrungen wie auch die Vielfalt ihrer Interessen wurden unzureichend beachtet.

Die enge Zusammenarbeit der ostdeutschen Bundesländer ist ein Gebot der Vernunft. Egoistische Eigenbrötelei führt zu Fehlentwicklungen in den Grenzregionen, zu unsinniger Konkurrenz bei der Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur. Die ostdeutschen Länder sollten gemeinsam danach streben, zum bundesweiten Modell für eine moderne Verwaltung zu werden: Veraltete Bestimmungen aus den Zeiten der Industriegesellschaft, die nach Ostdeutschland exportiert wurden, müssen abgeschafft, Antragsteller von überholten Nachweis- und Genehmigungspflichten entlastet, moderne Regelwerke für eine wissensbasierte Gesellschaft entwickelt werden.

IV. Umwelt bewahren, Zukunft gestalten

Die Linkspartei.PDS streitet für eine nachhaltig umweltgerechte Entwicklung. Wir wollen, dass Ökonomie, Soziales und Ökologie in Einklang gebracht werden. Unser Ziel ist es, den Ressourcenverbrauch drastisch zu senken sowie Emissionen und Abfallströme deutlich zu vermindern. Wildlebende Tiere und Pflanzen sowie gefährdete Ökosysteme sind wirksam zu schützen. Eigentumsrechtliche und machtpolitische Hemmnisse, die einem sozial-ökologischen Strukturwandel entgegenstehen, müssen abgebaut werden. Keine Vorfahrt für Beton und Profit zu Lasten der natürlichen Umwelt! Für Umweltorganisationen streben wir mehr demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte an. Große Bedeutung messen wir der Umweltbildung bei.

1. Klima schützen, Energie- und Verkehrswende einleiten

Zum Schutz der Erdatmosphäre müssen die Treibhausgasemissionen in den Industriestaaten gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 um 50 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 90 Prozent gesenkt werden. Deshalb wollen wir bis 2050 erreichen, dass die benötigte Energie weitgehend aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird. Das kann nur gelingen, wenn gleichzeitig die Energieeffizienz deutlich erhöht und im großen Maßstab Energie eingespart wird. Wir setzen uns dafür ein, auf der Ebene der Vereinten Nationen eine internationale Agentur für erneuerbare Energien einzurichten. Die Nutzung der Sonnenenergie muss unter anderem durch große internationale Kooperationsprojekte vorangebracht werden.

Wir werden das Erneuerbare-Energien-Gesetz verteidigen und weiterentwickeln, ebenso die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine ökologisch gewichtete Primärenergiesteuer ein. Dabei sind die sozialen Fehlwirkungen der gegenwärtigen Ökosteuer zu korrigieren. Umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut werden. Wir setzen uns zudem für die Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandelsystems auf der Basis der genannten Einsparziele ein. Für äußerst wichtig halten wir die dezentrale Energieversorgung. Die Energiemonopole wollen wir entflechten und demokratischer Kontrolle unterstellen.

Union und FDP kündigen an, die Atomkraft weiter zu nutzen, und den Bau neuer AKW offen zu halten. Dem werden wir uns entgegenstellen. Wir wollen einen kurzfristigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Den Neubau von Atomkraftwerken lehnen wir ebenso ab wie den Export von Atomtechnik und überflüssige Atommülltransporte. Bei der Auswahl eines Endlagers für Atommüll müssen Sicherheitskriterien höchste Priorität haben.

Wir streben eine soziale und ökologische Verkehrswende an. Öffentlicher Verkehr soll ausgebaut und erheblich preiswerter werden. Deregulierung und Privatisierung im öffentlichen Nahverkehr sind zu stoppen. Das Streckennetz der Bahn soll wieder wachsen, der Güterverkehr zunehmend auf die Schiene verlagert werden. Wir fordern, die Beschleunigungsgesetze für die Verkehrswegeplanung abzuschaffen. Flugbenzin ist endlich zu besteuern.

2. Biologische Vielfalt erhalten

Die biologische Vielfalt wollen wir bewahren und – soweit dies möglich ist – wiederherstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausweisung und Vernetzung von Schutzgebieten vorangebracht. Renaturierung und Moorschutz sollen gefördert werden, Gewässer verbauungsfrei sein. Der Flächenverbrauch für die Infrastruktur ist drastisch zu reduzieren. Für den Hochwasserschutz sind Überschwemmungsgebiete freizuhalten und zurückzugewinnen sowie Böden zu entsiegeln. Zur Sicherung des nationalen Naturerbes fordern wir einen Stopp der Privatisierung von Naturschutzflächen. Auf internationaler Ebene setzen wir uns für den Schutz der Borealen Wälder ein. Das von Rot-Grün verschleppte und von CDU/CSU blockierte Urwaldschutzgesetz ist endlich zu verabschieden. Die Binnenschifffahrt ist an den Potenzialen der Flüsse auszurichten und nicht umgekehrt. Wir wenden uns gegen den naturzerstörenden Ausbau von Donau, Elbe, Saale, Oder, Havel, Main und Weser.

3. Ökologisch wirtschaften

Die Linkspartei.PDS wird regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und sich dafür einsetzen, nicht nur Produktionsprozesse, sondern auch Produkte ökologisch zu gestalten. Wir fordern für die gegenwärtige Neufassung des europäischen Chemikalienrechts strenge Kriterien bei der Zulassung und Registrierung von chemischen Stoffen. Die Wirtschafts- und Forschungsförderung ist umweltgerecht auszurichten. Die Land- und Forstwirtschaft ist umweltgerecht zu betreiben. Der Einsatz von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln muss reduziert, und die Haltungssysteme müssen tiergerechter gestaltet werden. Leistungsförderer und Antibiotika gehören nicht ins Tierfutter. Grüne Gentechnik halten wir weder für erstrebenswert noch für notwendig. Deshalb unterstützen wir gentechnikfreie Zonen. Die Kennzeichnungspflicht von gentechnischen Bestandteilen ist bis auf die Nachweisbarkeitsgrenze zu senken. Wir lehnen die Patentierung von Lebewesen und Genen ab.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und die gleichberechtigten Förderung verschiedener Betriebsformen ein. Gesunde Nahrung erfordert zudem ehrliche Preise. Preisdumping der Handelsketten zu Lasten der Bauern lehnen wir ab.

V. Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen

Willy Brandts Anspruch „Mehr Demokratie wagen!“ ist aus Sicht der Herrschenden inzwischen zum „Wagnis Demokratie“ verkommen. SPD und Grüne ließen im Gegensatz zu ihren Wahlversprechen und zum Koalitionsvertrag sowie unterstützt von der Union keine Volksabstimmungen auf Bundesebene zu, auch nicht, als es um die Zukunft des Kontinents ging. In anderen EU-Ländern zeigten Volksabstimmungen, wie groß die Differenz zwischen der herrschenden Politik einerseits und den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern andererseits geworden ist. Diese Kluft wird nicht dadurch geschlossen, dass die politischen Entscheidungen dem Votum der Menschen entzogen werden. Politische Entscheidungen müssen so gefällt werden, dass sie vor dem Volk als Souverän bestehen.

1. Mehr direkte Demokratie

Wir erneuern die Forderung nach mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung. Die Linkspartei.PDS will weg von der Zuschauerdemokratie hin zu einer Kultur der Beteiligung und des Dialogs. Wir werden uns weiter für die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene einsetzen. Über die Änderung der Verträge zur Europäischen Union und insbesondere über den Verfassungsvertrag für die Europäische Union soll auch in Deutschland das Volk direkt entscheiden. Wir streiten für das Wahlrecht für Nichtdeutsche, die ständig in Deutschland leben, und eine Absenkung des Wahlalters auf 16. Wir wollen darüber hinaus die Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen stärken. Wir wenden uns gegen den Bedeutungsverlust der Parlamente gegenüber Regierungen und ihren Apparaten. Der Bundestag muss nicht nur frühzeitig über die Entscheidungsvorbereitung informiert, sondern auch in sie einbezogen werden. Die parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit ist zu qualifizieren. Positionen von Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt-, Verbraucher-, Mieter- und Behindertenverbänden sowie bundesweit tätigen Selbsthilfeorganisationen und demokratischen Bewegungen müssen frühzeitig gehört werden. Unsere künftige Bundestagsfraktion wird für sie ein offener und engagierter Ansprechpartner sein. Die Rechte der Ausschüsse und Abgeordneten auf Unterrichtung und Akteneinsicht sind zu stärken. Bundestag und Landesparlamente müssen in die Lage versetzt werden, das Handeln von Bundesregierung und Ländervertretern in den Räten der EU effektiv zu kontrollieren. Eine Zustimmung der Bundesrepublik zu EU-Rechtsetzungsakten darf nicht gegen den erklärten Willen des Bundestages erfolgen. Selbsthilfearbeit und Ehrenamt sind strukturell und finanziell zu stärken.

Die Linkspartei.PDS steht für einen kooperativen, solidarischen Föderalismus. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder müssen erheblich erweitert, die Kompetenzen der Landtage gestärkt werden. Es geht um mehr Demokratie, mehr Transparenz, mehr Bürgernähe sowie mehr Handlungs- und Gestaltungsraum für diejenigen, die den sozialen Problemen am nächsten sind. Wir wollen deshalb die kommunale Selbstverwaltung sichern und ausgestalten. Hierzu halten wir es für erforderlich, die Stellung der Kommunen im föderalen System zu stärken. Dazu gehört eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen sowie die Verankerung von kommunalen Beteiligungsrechten und des Grundsatzes im Grundgesetz, wonach derjenige, der Aufgaben auf die Kommunen überträgt, auch für deren vollständige Finanzierung geradestehen muss. Wir ermutigen Bürgerinnen und Bürger zu selbstorganisierter Beteiligung bei der Aufstellung der öffentlichen Haushalte und der Kontrolle ihrer Umsetzung, beginnend auf der kommunalen Ebene (Beteiligungshaushalt).

2. Öffentliche Sicherheit gewährleisten, Grundrechte garantieren

Demokratische Bürger- und Freiheitsrechte sind wie soziale Grundrechte für uns unverzichtbare Bedingung demokratischer Politik. Diskriminierungen jeglicher Art sind menschenunwürdig. Noch immer werden Menschen wegen ihres Geschlechts und Alters, ihrer Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexuellen Orientierung benachteiligt. Um ihre Rechte zu gewährleisten, fordern wir, endlich ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz zu beschließen und zu realisieren. Ein Gesetz, das keine andere Ausnahmeregelung zulässt als die Gefahr für Leib und Leben, das klare Sanktionen und verlässliche Schadensersatzregelungen enthält. Darin eingeschlossen ist auch die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule – mit allen Rechten einschließlich des Adoptionsrechtes.

Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, gesellschaftlichen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen, nicht für den Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung. Öffentliche Sicherheit entsteht dort, wo effektives staatliches Handeln der Kontrolle, Einflussnahme und Mitwirkung der Bevölkerung unterliegt. Öffentliche Sicherheit zu garantieren, schließt für uns ein, die Ursachen für Straftaten zu erkennen und zu bekämpfen. Wir nehmen die Furcht vieler Menschen vor Kriminalität und Terrorismus ernst. Wir wenden uns aber gegen eine Politik, die Sorgen und Ängste der Menschen anheizt, um Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken. Öffentliche Sicherheit bedeutet für uns immer auch Schutz des Einzelnen vor unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen. Kernbereiche der privaten Lebensführung müssen unantastbar sein. Das bedeutet: Abschaffung des großen Lauschangriffs. Die Linkspartei.PDS tritt vehement gegen eine Aufhebung des Trennungsgebots zwischen Polizei und Geheimdiensten ein. Wir sind entschiedene Gegner eines Einsatzes der Bundeswehr im Innern.

Eine Kriminalisierung von Drogenabhängigen lehnen wir ab. Stattdessen muss künftig das politische Handeln der Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und im Bund durch mehr Aufklärung, Prävention und Hilfen bestimmt sein. Kriminell sind vor allem die illegalen Drogenhändler und Drogenkartelle, die auf dem Schwarzmarkt Unmengen von Geld am Drogenhandel verdienen.

3. Rechtsextremismus bekämpfen

Rechtsextremismus, Neonazismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz gegenüber anderen Lebensweisen nagen an den Grundlagen der Demokratie. Wer sich gegen die Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft, gegen Freiheit, Gleichheit, Gewaltenteilung und gleiche demokratische Teilhabe stellt, soll politisch und gegebenenfalls strafrechtlich bekämpft werden. Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Linkspartei.PDS setzt sich auch in Zukunft für breite Bündnisse zur Bekämpfung der extremen Rechten ein. Wir werden uns weiter aktiv daran beteiligen und an unserer Forderung nach besserer öffentlicher Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen festhalten, um damit zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechtsextremismus auf- und auszubauen.

4. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland – Gleichstellung verwirklichen

Wir verteidigen das Grundrecht auf politisches Asyl und treten für die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes und der Residenzpflicht ein. Für Hunderttausende, die hier illegalisiert leben und oft Opfer skrupelloser Ausbeutung sind, wollen wir Perspektiven eines legalen Aufenthalts schaffen.

Die Linkspartei.PDS steht für eine EU-weite Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik auf der Basis menschenrechtlicher Standards. Eine neue Asyl- und Migrationspolitik muss Abschied nehmen von der gescheiterten Abschottungspolitik, die an den Außengrenzen der EU das Leben von Flüchtlingen in Gefahr bringt und in den Mitgliedsstaaten das Entstehen von „Schattengesellschaften“ befördert. Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen Bedingungen ist inakzeptabel. Im Interesse von minderjährigen Flüchtlingen fordern wir die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und die Anpassung des Ausländer- und Asylrechts. Dringend notwendig ist eine Altfallregelung, die Menschen, die schon länger hier leben – unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status –, ein gesichertes Bleiberecht gewährt.

Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland. Zu uns kommen Menschen aus aller Welt – das Einwanderungsgesetz ist aber geprägt von Abwehr und Ausgrenzung. Gebraucht wird eine Migrations- und Integrationspolitik, die die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft gestaltet. Nicht eine deutsche Leitkultur, sondern Grund- und Menschenrechte, die alle binden, müssen die Basis des Zusammenlebens sein. Ein demokratisches Einwanderungs- und Niederlassungsrecht muss Migrantinnen und Migranten gleichstellen. Rechtliche Regelungen sollen verhindern, dass sie für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden. Migrantinnen und Migranten muss gleicher Lohn für gleiche Arbeit zustehen. Notwendig sind Investitionen in Sprachförderung und kulturelle Einrichtungen, Integrationshilfen und Sozialarbeit.

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass die Bundesrepublik ihre Verpflichtungen gegenüber Minderheiten wie Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben erfüllt. Der Bund darf sich nicht weiter aus seiner Verantwortung für die Förderung ihrer spezifischen sprachlichen und kulturellen Belange zurückziehen, seine finanzielle Beteiligung ist unverzichtbar. Beim Bundestag sollte es einen Rat für Angelegenheiten der autochthonen Minderheiten geben, der dem Parlament beratend zur Seite steht. Die Ergänzung des Grundgesetzes um die Rechte der ethnischen Minderheiten bleibt auf der Tagesordnung.

Wir treten für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht ein: Jeder, der in der Bundesrepublik geboren wird, soll die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Die doppelte Staatsbürgerschaft wird zulässig, Artikel 116 Grundgesetz ist mit Blick auf die unterschiedliche ethnische Zugehörigkeit der Bürger der Bundesrepublik zu ändern. Für Neueingebürgerte, die nach dem 1. Januar 2000 wieder ihren Herkunftspass beantragt und dadurch die deutsche Staatsbürgerschaft verloren haben, fordern wir juristische Begleitung durch unabhängige Beratungsstellen, keine Niederstufung ihres Aufenthaltsstatus und die erleichterte Wiedereinbürgerung.

5. Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gehört zu den Grundvoraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft. Sie erfordert nicht nur den rechtlichen Schutz vor Diskriminierung, sondern auch die aktive Förderung der Geschlechter, wo immer überkommene Rollenbilder eine gleichwertige Teilhabe an Beruf und Gesellschaft verhindern. Dazu ist auch die Anerkennung und rechtliche Gleichstellung von Lebensentwürfen jenseits der bürgerlichen Ehe entscheidend. Wir fordern die Gleichstellung aller Lebensweisen.

Trotz verfassungsrechtlich garantierter Gleichberechtigung ist die ungleiche Verteilung sozialer Chancen zwischen Frauen und Männern nicht aufgehoben. Politische, wirtschaftliche Macht sind patriarchal geprägt, auch das Selbstbild von Mann und Frau und ihre jeweiligen Rollen in der Gesellschaft. Die strukturelle Diskriminierung

des weiblichen Geschlechts wollen wir aufheben. Dieser Prozess der Veränderung und Selbstveränderung beginnt mit Gleichberechtigung und Frauenförderung. Zurzeit wird Frauenförderung abgebaut. Wir wollen frauenspezifische Strukturen in Politik und Gesellschaft erhalten und ausbauen. Wir brauchen Gleichstellungsgesetze, auch für die Privatwirtschaft, und Frauenförderungsprogramme.

Durch die Hartz-Gesetze werden Frauen überproportional in prekäre, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und in nicht selbst gewählte, sondern auferlegte Teilzeitarbeit gedrängt. Wir blicken aus der Perspektive von Frauen auf diese Entwicklung und fordern Rahmenbedingungen, die Frauen in allen Lebensphasen eine unabhängige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit bzw. soziale Leistungen ermöglichen. Grundsätzlich gilt: Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Jede Erwerbsarbeit muss sozialversicherungspflichtig sein, damit Frauen vor Altersarmut geschützt sind. Wir begrüßen Überlegungen, Kindererziehungszeiten für Väter und Mütter getrennt festzulegen.

- Wir fordern eine zielgerichtete Ausbildungsförderung für Mädchen und Frauen in technischen Berufen ein.
- Frauen und Kindern steht eine Grundsicherung zu – unabhängig von ihren Partnern, Partnerinnen, Eltern.
- Elementar ist die Selbstbestimmung von Frauen über ihren Körper. Die Linkspartei.PDS fordert weiterhin die Abschaffung des § 218.
- Gewalt an Frauen muss konsequent öffentlich geächtet und entschieden verfolgt werden. Betroffene Frauen und Kinder brauchen Rechtsschutz, ein funktionierendes Netz von Unterstützungs- und Beratungsstellen sowie Frauenhäuser.

VI. Umverteilung von oben nach unten: Für ein solidarisches Steuersystem

Mehr und sichere Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit, Bildung und Innovation sowie die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung erfordern entsprechende finanzielle Mittel. Das Steuerkonzept der Linkspartei.PDS zielt darauf ab, einerseits die Steuerbelastung unterdurchschnittlicher Einkommen zu verringern und andererseits der öffentlichen Hand deutlich höhere Einnahmen zu verschaffen. Durch die Erhöhung des kommunalen Anteils am Gesamtsteueraufkommen wollen wir sichern, dass die Kommunen ihre Handlungsfähigkeit wiedererlangen und dauerhaft beibehalten. Mehreinnahmen sind möglich durch die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und höhere Einnahmen aus der Erbschaftssteuer, höhere Steuerzahlungen gewinnstarker Unternehmen und eine Reform der Gewerbesteuer, die Einschränkung von Steuervergünstigungen, das Schließen von Steuerschlupflöchern für profitable Unternehmen und einkommensstarke Haushalte sowie eine höhere Besteuerung hoher Einkommen. Subventionen müssen an klare gesellschaftlich gewünschte Zwecke gebunden sein und möglichst als direkte Förderung statt über die Steuern gegeben werden. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht muss verstärkt, Börsengeschäfte und Finanzspekulationen müssen endlich besteuert werden. Wir wollen das Steuersystem vereinfachen und gerechter gestalten.

Die Vermögenssteuer soll ab einem Vermögen von mehr als 300.000 Euro pro Person erhoben werden. Immobilien und Betriebsvermögen müssen realistisch nahe dem aktiven Verkehrswert bewertet werden. Soziale Sonderfälle sind zu berücksichtigen. Auch die Erbschafts- und Schenkungssteuern sind zu erhöhen. Sie liegen in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern auf niedrigem Niveau. Veräußerungsgewinne bei Wertpapieren und Immobilien wollen wir ohne Spekulationsfristen besteuern. Dividenden, Zinsen und andere Kapitalerträge müssen für die Einkommenssteuer erfasst werden. Die 1991 abgeschaffte Börsenumsatzsteuer soll wieder eingeführt werden.

Bei der Körperschaftssteuer wollen wir dafür sorgen, dass die Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Die Senkung der Körperschaftssteuern der letzten Jahre hat zwar die Einnahmen des Staates deutlich reduziert, aber keinen einzigen neuen Arbeitsplatz geschaffen. Insbesondere große und international tätige Unternehmen müssen auch über das Steuersystem wieder stärker ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrnehmen. Ihre Möglichkeiten, Gewinne legal zu minimieren oder in Niedrigsteuerländer zu verschieben, müssen eingeschränkt werden. Wir wollen, dass Wirtschaftsverbrechen und Korruption entschiedener bekämpft werden.

Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindefortschrittssteuer weiterentwickelt werden, in die grundsätzlich alle einbezogen werden. In die Bemessungsgrundlage sind zudem gezahlte Schuldzinszahlungen, Mieten, Pachten und Leasingraten einzubeziehen, um Umgehungsmöglichkeiten abzubauen und die Finanzbasis der Gemeinden zu stärken. Durch die Anrechnung der Steuerzahlung auf die Einkommenssteuer sollen die meisten Personenunternehmen nicht zusätzlich belastet werden.

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) soll bei 16 Prozent bleiben. Einen ermäßigten Satz von 7 Prozent soll es zusätzlich beim Handwerk und bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln geben.

Bei der Lohn- und Einkommenssteuer wollen wir Personen und Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten und Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkommen stärker heranziehen. Der Eingangsteuersatz soll 15 Prozent betragen – bei einem Freibetrag von 12.000 Euro. Dann soll der Steuersatz allmählich (linear-progressiv) bis zu einem Spitzensteuersatz von 50 Prozent ansteigen. Dieser soll auf die Einkommensteile oberhalb 60.000 Euro erhoben werden. Eine Reihe von Steuerbegünstigungen sind zu streichen, z.B. bei außerordentlichen Einkünften und haushaltsnahen Beschäftigungen. Steuersparfonds und ungerechtfertigte Abzugs- und Gestaltungsmöglichkeiten bei Immobilienvermietung sollen eingeschränkt werden. Die Entfernungspauschale für Berufspendler wollen wir auf 40 Cent pro Entfernungskilometer anheben und die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit beibehalten.

Wir wollen die Einführung der Individualbesteuerung, die Abschaffung des Ehegattensplittings und aller Regelungen, die die Nichterwerbstätigkeit von Frauen begünstigen. Nach unserem Steuermodell sind Mehreinnahmen von über 60 Milliarden Euro zur Finanzierung von Bildung und Innovation, für die sozialen Sicherungssysteme und für ein Zukunftsinvestitionsprogramm möglich.

VII. Frieden leben, Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten

1. Deutschland verweigert den Kriegsdienst

Unsere Freiheit wird nicht am Hindukusch verteidigt. Deutsche Soldaten in aller Welt sind keine Botschafter des Friedens. Und Bereitstellung von militärischem Gerät, von Überflug- und Landegenehmigungen für kriegsführende Mächte befördern keineswegs friedliche Verhältnisse. Der Kampf gegen den Terrorismus lässt sich gewinnen, der Krieg gegen den Terrorismus nicht, da er nicht die Ursachen dafür überwindet. Mehr Sicherheit ist nur durch globale Gerechtigkeit zu erreichen. Wir wollen, dass Deutschland und Europa zu einer friedlichen Alternative gegenüber dem Streben der USA nach Weltherrschaft werden. Deshalb sind Bestrebungen einer strategischen Vereinnahmung durch die USA konsequent abzuwehren.

- Wir fordern die Abschaffung der Wehrpflicht, den Umbau der Bundeswehr auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und die zahlenmäßige Reduzierung der Bundeswehr auf eine Personalstärke von 100 000.
- Deutschland beteiligt sich nicht mehr an Kriegseinsätzen in aller Welt und holt die Soldaten aus solchen Einsätzen zurück.
- Die Linkspartei.PDS fordert die Auflösung europäischer Interventionsstreitkräfte, der EU-Battle-Groups sowie der Schnellen Eingreiftruppe der NATO. Die NATO-Strategie von 1999 ist zurückzunehmen.
- Der Europäischen Rüstungsagentur setzen wir die Forderung entgegen, eine Agentur für Abrüstung und Konversion sowie zur Kontrolle von Rüstungsexportverboten zu schaffen.
- Statt europäisches Militär zu entsenden, wollen wir ein ständiges Green-Corps zur Katastrophenhilfe aufbauen.

2. Arbeitsplätze durch Abrüstung und Umstellung auf zivile Produktion

Rüstung ist ein Geschäft mit dem Tod – bezahlt von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Die Bundesrepublik gibt jährlich über 25 Milliarden für Rüstung und Militär aus. Unter Rot-Grün ist Deutschland weltweit auf den 4. Platz der Rüstungsexporteure vorgerückt. Wir wollen stattdessen mit Abrüstung und Konversion Arbeitsplätze schaffen. Allein in den nächsten zehn Jahren sind zwingend Millionen von Tonnen konventioneller Munition in Europa zu entsorgen. Das bedeutet zirka 15 000 Arbeitsplätze in der gesamten EU.

Unsere Partei fordert den Deutschen Bundestag auf, von den USA zu verlangen, ihre Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen und damit eine Dynamik für ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen in Gang zu setzen. Das so frei werdende Geld kann zwischen den Kommunen für Investitionsprogramme, die Arbeitsplätze schaffen, und für Entwicklungshilfe, die auch Sicherheit bringt, aufgeteilt werden.

Eine alternative Sicherheitspolitik erfordert ein konsequentes Umlenken von Wissenschafts- und Wirtschaftspotenzialen für friedliche, nicht für Rüstungszwecke, für den Schutz der Umwelt, für die Steigerung der Energieeffizienz, für eine sparsame Nutzung von Rohstoffen und Ressourcen, für die Entwicklung und Anwendung moderner Werkstoffe.

- Die Verwendung von hoch angereichertem Uran im Reaktor Garching ist zu beenden.
- Militärische Übungsplätze sollen ab- und nicht ausgebaut werden.
- Kein Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide.
- Entwicklung eines nationalen Konversionsprogramms auf Bundesebene. Durch Konversionspolitik 30 000 bis 40 000 Arbeitsplätze in Deutschland schaffen.
- Schrittweise Kürzung der Rüstungsausgaben (zehn Prozent jährlich).
- Verbot von Landminen und Anti-Panzer-Minen.
- Stopp und Verbot aller Rüstungsexporte.

3. Für eine erneuerte Europäische Union

Die Linkspartei. PDS sagt JA zu Europa, JA zu einer sich wandelnden Europäischen Union. Die Perspektive der Bundesrepublik ist eine europäische. Die Europäische Union ist mit außerordentlichen politischen, ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Herausforderungen konfrontiert. Sie wird größer, und wir wollen, dass sie auch sozialer, demokratischer und friedensfähiger wird. Das kann nur gelingen, wenn es in diese Richtung einen Wechsel im europäischen Integrationsprozess und in der deutschen Europapolitik gibt.

Die vorherrschende Politik in Europa ist auf einem falschen Weg. Die Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und in den Niederlanden sowie das Scheitern der Verhandlungen über die EU-Finanzplanung haben gezeigt: Ein „Weiter so“ auf dem Weg von Maastricht gibt es nicht. Wir wollen eine Europäische Union, die sozial und ökologisch nachhaltig wirtschaftet, sich gemeinsame Mindeststandards bei Löhnen, Steuern und Sozialleistungen gibt und konsequent zu einer nichtmilitärischen Vereinigung wird. Im Zentrum der Brüsseler Politik dürfen nicht länger allein der Markt und die Geldwertstabilität, sondern müssen existenzsichernde Arbeitsplätze und soziale Sicherheit stehen. Unverzichtbar ist die Ergänzung der Währungsunion durch eine Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion. Die Linkspartei. PDS will eine Europäische Union mit demokratischen, transparenten,

unbürokratischen und bürgernahen Institutionen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen an der Gestaltung und den Entscheidungen über die weitere Entwicklung der Union wirksam beteiligt werden. Ganz in diesem Sinne streben wir auch einen neuen europäischen Verfassungsvertrag an.

- Dem Europäischen Parlament sind das Recht zur Gesetzesinitiative und die volle Entscheidungsfreiheit bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten zu geben.
- Militärbündnisse – darunter die NATO – gehören aufgelöst. Wir sind für eine Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur nichtmilitärischen Intervention und Konfliktprävention.

In den Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten muss gesichert werden, dass die erforderlichen Finanzmittel zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der gesamten Union zur Verfügung stehen. Das gilt vor allem für die Regional-, Struktur- und Kohäsionspolitik, die wesentlich dazu beiträgt, die Lebensverhältnisse zwischen den Regionen anzugleichen und an der östlichen Grenze der Bundesrepublik das Zusammenwachsen der ehemals geteilten Grenzregionen im Interesse von Deutschen, Polen und Tschechen zu befördern.

Wir wollen, dass die Europäische Union ihre Handelspolitik ändert und die unbeschränkte Ausweitung des Dienstleistungsabkommens GATS ablehnt. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss dem freien Wettbewerbs- und Profitsystem entzogen werden – zum Beispiel Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wie Bildung und Gesundheitswesen. Wir wollen, dass die geplante Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) zurückgenommen wird, weil sie zu Rechtsunsicherheit und erheblichem Sozialdumping führt.

Die Linkspartei.PDS widersetzt sich der rechtspopulistischen und nationalistischen Kampagne von CDU/CSU gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU. Wir treten dafür ein, zügig mit den Beitrittsverhandlungen zu beginnen und alle sozialen, ökonomischen und demokratischen Probleme sachlich und partnerschaftlich zu erörtern. Die Linkspartei.PDS ist überzeugt, dass eine Türkei, in der die Menschenrechte garantiert und Minderheiten geachtet werden, rechtsstaatliche und soziale Reformen stattfinden und ein demokratischer, friedlicher Weg für die kurdische Bevölkerung eröffnet wird, wichtig für die Menschen in der Türkei und für Europa ist. Diese Haltung stimmt mit den Positionen der demokratischen Opposition in der Türkei und vieler Migrantinnen und Migranten in Deutschland überein.

4. Globalisierung gerecht gestalten

Unsere friedenspolitischen Ziele fügen sich in das Forderungs-Spektrum einer großen Anzahl von Organisationen, Vereinen und Initiativen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene ein. Im Bündnis mit dieser wieder anwachsenden Friedensbewegung setzen wir der neoliberalen Globalisierung Forderungen entgegen, die auf die Stärkung internationaler Beziehungen ohne kriegerische Auseinandersetzung und militärische Drohung, auf die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards gerichtet sind, die Menschenrechte gewähren und stärken und eine demokratische Regulation der Finanzmärkte verlangen.

Weltweit haben Armut, Krankheit, Menschenhandel, Flucht und Vertreibung ein weibliches Gesicht. Frauen und Kinder sind überwiegend die Opfer der Kriege des neuen Jahrtausends. Wir verlangen, dass die UNO-Resolution 1325, die eine maßgebliche Beteiligung von Frauen an der Vermeidung und Lösung von bewaffneten Konflikten und an der politischen und sozialen Neugestaltung in Nachkriegszeiten verlangt, endlich umgesetzt wird.

Die Entwicklungshilfe muss – so wie es die Vereinten Nationen fordern – schrittweise in den nächsten Jahren auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Mit einer umfassenden Entschuldung, der Förderung von Schritten einer selbstbestimmten wirtschaftlichen Entwicklung müssen gerechtere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd hergestellt werden. Notwendig ist eine umfassende Demokratisierung der internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank. Wir treten für eine Stärkung und demokratische Reform der UNO ein.

Wir wollen eine soziale und solidarische Gesellschaft. Wir wollen deshalb, dass die Übermacht des Kapitals zurückgedrängt wird, weil sie menschenwürdigem Leben entgegensteht. Wir werden dort sein, wo in unserem Land Protest und Widerstand notwendig sind. Wir wollen machbare Alternativen entwickeln und durchsetzen – tolerant und fair in einem breiten Bündnis mit allen, die auf demokratische Weise einen anderen Entwicklungsweg der Gesellschaft einschlagen wollen.

Die Linkspartei.PDS ist nach sechzehn Jahren der Regierung Kohl und nach sieben Jahren Schröder-Regierung die ernst zu nehmende Chance, im Bundestag eine neue soziale Alternative zur Geltung zu bringen und damit die sozialen Kräfte außerhalb des Parlaments und der Parteien zu stärken.

Eine alternative Politik ist nicht nur überfällig. Sie ist möglich!